

Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 31. Januar 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0008

**Kameras in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 18.01.2012 -**

Nach über einem Jahr Kameraüberwachung am Hauptbahnhof ist es uns ein Anliegen, die Erfahrungen mit dieser Überwachungstechnik zu hinterfragen und auf ihre Alltagstauglichkeit, Sicherheit, ihren Erfolg und negative Nebeneffekte hin zu überprüfen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die absolute Zahl von Straftaten am und im Hauptbahnhof entwickelt hat;
2. wie viele Straftaten von den Kameras insgesamt erfasst wurden;
3. welche Delikte besonders häufig im gefilmten Bereich zu beobachten sind;
4. ob es Verdrängungseffekte gibt und wenn ja, wohin;
5. ob sich die Anzahl von schwereren Diebstählen oder Gewaltverbrechen, bezogen auf die Gesamtzahl an Delikten im gefilmten Bereich, verändert hat;
6. ob nur live gefilmt oder auch aufgenommen wird. Und falls aufgenommen, wie lange das Material gespeichert, wo es aufbewahrt wird und wer Zugriff darauf hat;
7. ob Verhaltensveränderungen der Bürgerinnen und Bürger im Kamerabereich zu beobachten sind. Und wenn ja, welche das sind;
8. wie viele Delikte an Hand der Videoüberwachung aufgeklärt wurden;
9. wie viele Delikte durch die Beobachtung des Geländes und dadurch alarmierten Sicherheitskräfte verhindert werden konnten;
10. ob Polizei, Ordnungsamt und der Sicherheitsdienst der Deutschen Bahn die Installation als Erfolg bewerten und wenn ja, warum;
11. wie teuer die Installation der Überwachungskameras war und welche Folgekosten pro Jahr anfallen.

Beschluss Nr. 0006

Der Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 18.01.2012 betr.

Kameras in Wiesbaden

wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2012

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2012

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister